



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER MONATSRÜCKBLICK (KW 36-39/22)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns im Monat September beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR: POLITIK UND TAGESGESCHEHEN



07. September 22

Entlastungspaket: Wir wollen keine Almosen von der Regierung, wir brauchen Entscheidungen für ein starkes Deutschland!

Die Regierung verteilt Almosen aus den Milliarden, die sie vorher den Schaffenden abgenommen hat.

Die Entlastungshäppchen nützen uns nichts.

Wir brauchen jetzt Entscheidungen, um unser Land aus der Krise herauszuführen:

- Schluss mit Sanktionen, die unsere Wirtschaft zugrunde richten und Bürger in die Pleite treiben. NorthStream 2 öffnen.
- Alle Reserven zur Sicherung der Energieversorgung nutzen - ein-

schließlich Kohle und Kernkraft.

- Abschaffung der CO2-Steuer und Energiesteuer. Senkung der Mehrwertsteuer. Kalte Progression endlich abschaffen.
- Illegale Massenzuwanderung stoppen und Grenzen sichern.
- Schluss mit der Inflationspolitik der Europäischen Zentralbank.
- Keine Waffen für fremde Kriege.

Der Rücktritt der Regierung wäre das beste Entlastungspaket.

Dann kann eine neue Mehrheit Entscheidungen gegen die Krise treffen.





10. September 22

Leere Straßen durch AdBlue-Mangel: Habecks Wirtschaftsakrobatik wird zu einem echten Straßenfeger!

Habecks Wirtschaftsakrobatik wird zu einem echten Straßenfeger. Wenn sich demnächst die Regale in den Supermärkten leeren, dann könnte das auch daran liegen, dass die LKW der Lieferanten nicht mehr vom Fleck kommen. Denn moderne Dieselmotoren brauchen den gesetzlich vorgeschriebenen Zusatz AdBlue zur Reinigung von Dieselabgasen - und hier werden die Ressourcen knapp. Rund 40 Prozent der deutschen AdBlue-Produktion stammen von den SKW Stickstoffwerken Piesteritz aus Wittenberg, doch dort steht die Produktion seit zwei Wochen still. Ein Kinderbuchautor,

der in Deutschland „Wirtschaftsminister“ spielen darf, erklärte es bei Maischberger kürzlich so: „die sind nicht insolvent, automatisch, aber sie hören vielleicht auf, zu verkaufen“.

Fakt ist: Die Firma steht wegen der hohen Gaspreise vor der Pleite. Die Folgen sind gerade wegen der weitreichenden Konsequenzen für die Lieferketten katastrophal für die gesamte deutsche Wirtschaft.



Der Maßstab jeder Entscheidung in der Politik ist, ob sie unserem Land zuerst dient.

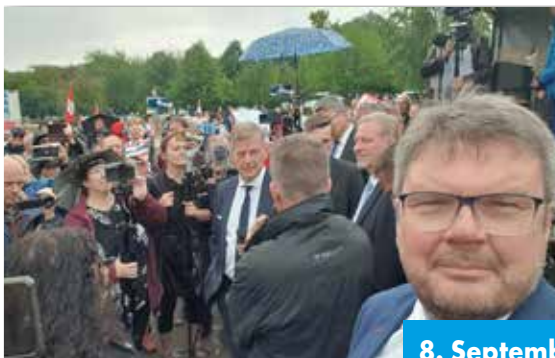
Daran messen wir uns und andere.





09. 09. 22

Echte Wertschöpfung entsteht in den Laboren und Forschungseinrichtungen und nicht in Diskussionsforen und Netzwerktreffen!
Den Link zum Video meiner Rede finden Sie hier:
<https://www.facebook.com/watch/?v=1287581228652764>



8. September: AfD-Bundestagsabgeordnete auf der Demo vor dem Reichstag
Natürlich stimmen wir gegen die Neuauflage des Infektionsschutzgesetzes.
Die Fakten, die dagegen sprechen, sind alle bekannt.
In der Debatte lassen wir in siebenmal einminütigen Redebeiträgen Opfer der Corona-Massnahmen zu Wort kommen.



10. September: Bildung und Forschung für unser Land
Der Arbeitskreis „Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung“ der AfD-Fraktion im Bundestag diskutiert auf der Klausurtagung in Thüringen politische Initiativen





Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 37/22)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 37 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR: POLITIK UND TAGESGESCHEHEN



14. September 22

Drohender Blackout - „Hamstern“: Von verpönt zur Bürgerpflicht?

Und plötzlich wird „Preppen“ zur Bürgerpflicht?

Dieser Eindruck drängt sich auf, wenn man die immer häufiger auftauchenden Artikel zum Thema „Wie Sie sich auf einen Blackout vorbereiten“ und ähnliches liest.

Vor gar nicht allzu langer Zeit wurde man im besten Fall für eine solche Krisenvorsorge noch belächelt, mittlerweile scheint es bei einigen angekommen zu sein, dass der Ideologie-getriebene Wahnsinn namens „Energiewende“, aktuell noch gepaart mit selbstzerstörerischen Sanktionen, beste Chancen hat, in solch einer Katastrophe zu enden.

Da Habeck & Co nach wie vor an ihren Plänen zur Verknappung der Gasversorgung und Abschaltung der letzten verbliebenen Atomkraftwerke festhalten, bleibt den Kommunen nichts anderes mehr übrig, als sich selbst auf derartige Szenarien vorzubereiten.

So hat der Kreis Rheingau-Taunus etwa von der auf Blackouts spezialisierten Firma KomRe eine Analyse durchführen lassen. Das Ergebnis ist erschütternd: Die Stromversorgung im Kreis kann nicht sichergestellt werden. Bei einem flächendeckenden Stromausfall im Rheingau-Taunus wären binnen 96 Stunden mehrere Hundert Tote zu beklagen. Es werde daher an die Eigenverantwortung jedes Bürgers appelliert, selbst Vorsorge für eine solche Krise zu treffen.¹

Die Regierung indes arbeitet weiter mit Fleiß daran, die Bevölkerung in eine humanitäre Katastrophe zu führen, anstatt an echten Lösungen zu arbeiten.

¹ Main-Spitze vom 07.09.22, „Wie der Rheingau-Taunus sich auf einen Blackout vorbereitet“





10. September 22

Expertenkreis „Politischer Islamismus“ aufgelöst: Faeser blind gegenüber Islamismus!

Zwei Drittel aller Terrorverfahren in Deutschland von 2020 bis Mitte 2022 bezogen sich auf Islamisten.

Zum Vergleich: Die Verfahren gegen Rechtsterrorismus betragen in diesem Zeitraum lediglich rund drei Prozent.¹

„Trotz zahlreicher präventiver Anstrengungen und Maßnahmen gelingt es nicht, die Attraktivität und Anziehungskraft des politischen Islamismus (insbesondere für junge Menschen) einzudämmen“, bilanziert der eigens dafür eingesetzte Expertenkreis Politischer Islamismus.

Doch das ist für Innenministerin Faeser kein Ansporn, die Arbeit zu intensivieren, im Gegenteil: Diese Arbeitsgruppe soll nun aufgelöst werden.² Grund dafür sind nicht etwa die Kosten, es ist eine „politische Entscheidung“ von Frau Faeser, ist sich der Staatsrechtler Professor Kyrill-Alexander Schwarz sicher.

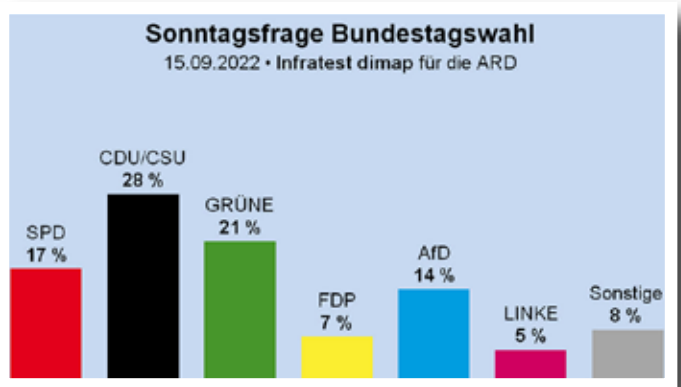
Obwohl alle Zahlen dagegen sprechen, hält Nancy Faeser (SPD) verbissen an der Doktrin fest, dass die größte Gefahr vom Rechts-Extremismus ausgeht.

Derweil schreitet der islamische „Marsch durch die Institutionen“ voran. Ziel ist die Infiltration der Bundeswehr, Polizei, von Vereinen und Parteien in Deutschland, um darüber Einfluss zu gewinnen. Bei der SPD ist man damit besonders erfolgreich.³

1 Welt vom 16.07.22, „Die meisten Terrorverfahren richten sich gegen Islamisten“
 2 Forschung und Lehre vom 04.09.22, „Islamismusforschung: Expertenkreis aufgelöst – Wissenschaftler enttäuscht“
 3 Tagesspiegel vom 07.05.19, „Gegen militante Salafisten: Berlins Innensenator will mit Muslimbruderschaft kooperieren“



**16. September: Vereidigung der Rekruten des Panzerpionierbataillons 701 in Eisenberg, Saale-Holzland-Kreis in Anwesenheit der drei regionalen AfD-Abgeordneten Jörg Henke, Stephan Brandner, MdB und Prof. Michael Kaufmann
 Wir danken für den Dienst der frisch vereidigten Bundeswehrangehörigen.**



17.09.22

Im Bund ist die Bürgerpartei AfD bald stärker als die Kanzlerpartei SPD. Die Richtung stimmt.

Dennoch ist es unbegreiflich, dass angesichts der katastrophalen Politik von Grünen, SPD und FDP angeblich immer noch so viele Befragte die Ampel stützen.



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 38/22)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 38 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

PRESSEMITTEILUNGEN



21. September 22

Pressemitteilung: Erforschung der Risiken der COVID-Impfungen nicht länger aufschieben

Als Reaktion auf einen Bericht des Spiegel über schwere Nebenwirkungen der COVID-Impfungen schrieb Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach am 12. Juni 2022 auf Twitter, „Guter Artikel. Post-Vac-Syndrom muss besser untersucht werden.“ Auf eine schriftliche Frage des forschungspolitischen Sprechers der AfD-Fraktion im Bundestag, Michael Kaufmann, an das Bundesgesundheitsministerium zum Stand der Forschung zum so genannten Post-Vac-Syndrom war nun zu erfahren: „Die Bundesregierung prüft derzeit die Förderung der weiteren Erforschung des Post-Vac-Syndroms.“

Michael Kaufmann teilt dazu mit:

„Das ist entschieden zu wenig. Die Anzeichen, dass COVID-Impfungen mit erheblichen Risiken und Nebenwirkungen behaftet sind, verdichten sich seit über einem Jahr. Der Gesundheitsminister sah sich erst aufgrund eines Berichts im Spiegel dazu veranlasst, zu diesem Problem in denkbar knappster Form Stellung zu nehmen. Dies ist ein Affront gegenüber den vielen Menschen, die unter den Nachwirkungen der COVID-Spritze leiden. Nun aber, drei Monate nach Lauterbachs Ankündigung, dass das Post-Vac-Syndrom ‚besser untersucht‘ werden müsse, ist die Bundesregierung immer noch nicht darüber hinausgekommen, die Förderung der Erforschung dieses Phänomens lediglich zu prüfen. Dies zeugt von erschreckender Ignoranz und Gleichgültigkeit gegenüber den Betroffenen. Diese Menschen haben sich im Vertrauen auf die Versprechen des Gesundheitsministers gegen COVID impfen lassen und sind nun zum Teil mit furchtbaren und bleibenden Schäden an ihrer Gesundheit konfrontiert.“

Die AfD-Fraktion im Bundestag fordert die Bundesregierung daher nachdrücklich auf, die Erforschung der Risiken und Nebenwirkungen der COVID-Impfungen nicht länger aufzuschieben, sondern hier unverzüglich tätig zu werden. Nicht nur muss diesen Menschen schnellstens geholfen werden, es muss vor allem auch verhindert werden, dass weiter Impfschäden in großer Zahl entstehen.“



WAHLKREIS



Ein kleiner Überblick über meine Aktivitäten im Wahlkreis während der letzten Woche:

Obere Reihe: Am Montag war in Pöbneck der Marktplatz voll: Die Bürger, die unter der Regierungspolitik leiden, und die Opposition in den Parlamenten müssen zusammenstehen.

Links sehen Sie ein Foto unseres Infostandes in Remda, wo wir bereits um 6 Uhr morgens vor Ort waren.

In der dritten Reihe Bilder unseres Infostandes in Rudolstadt am Samstag.





BUNDESTAG



22. September 22

Meine Rede im Bundestag zum 28. BAföG-Änderungsgesetz

Die Bundesregierung hat sich heute selbst die nächste Generalermächtigung erteilt. Diesmal beim BAföG. Im Fall einer nationalen Notlage, bei der Studenten ihre Nebenjobs verlieren, soll das BAföG per Verordnung für alle Studenten geöffnet werden, im Zweifel auch unabhängig von der konkreten Bedürftigkeit. Weder Notlage noch Bedürftigkeit sind im Gesetz klar definiert. Der Verdacht liegt nahe, dass hier bereits für zukünftige Lockdowns vorgebaut werden soll. Zudem ist das Gesetz auch handwerklich schlecht gemacht.

Zudem ist das Gesetz auch handwerklich schlecht gemacht.

In meiner Rede zur 28. Änderung des BAföG lege ich die Mängel dieses Gesetzes offen und weise diese unsinnige und unausgegrenzte Maßnahme im Namen der AfD-Fraktion zurück.

Den Link finden Sie hier: <https://www.facebook.com/watch/?v=656674648993678>

PARLAMENARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Befragung des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft

- Cem Özdemir ließ in seinen Statements verlauten, dass es seiner Partei hauptsächlich um Stickstoffreduzierung, etwa durch Reduzierung der Ausbringung von Gülle und synthetischen Dünger geht.
- Aktuell fahren viele Düngemittelproduzenten ihre Produktion zurück oder machen dicht, und das nicht erst seit den gestiegenen Gas- und Energiepreisen in diesem Jahr. Dies führt letztendlich zu einem Dominoeffekt, den man in den meisten Bereichen der Wirtschaft aktuell vor dem Hintergrund der Energiepreisinflation beobachten kann, denn: Fällt die Düngemittelproduktion weg, fehlt irgendwann AdBlue oder Kohlensäure für die Lebensmittelproduktion, wodurch diese gefährdet sein könnte.
- In der anschließenden Fragestunde hatte die AfD wieder einmal die Nase vorn und stellte 18 der insgesamt 53 Fragen.

Beantragung einer aktuellen Stunde von der CDU zum Thema: Ausstiegsfahrplan für russische Öl- und Gasimporte (in Bezug auf den Antrag 20/1550)

- Der Antrag fordert mit Nachdruck den Einsatz bereits bestehender und angedachter härterer Restriktionen, Sanktionen gegen Russland, Waffenlieferungen an die Ukraine und Verdrängung Russlands vom Wirtschafts- und Kapitalmarkt.
- In der Debatte kam dann auch die Gasumlage zum Zuge, wobei die CDU schließlich auch erkannte, dass diese ggf. verfassungswidrig sein könnte. Denn Uniper soll wohl in Kürze verstaatlicht werden.
- Rainer Kraft, AfD sprach die Stilllegung der Raffinerie Schwedt zum Ende des Jahres an – und wir alle können jetzt schon erahnen, dass zu diesem Termin die Preise nochmals anziehen werden.

Antrag der AfD: Gasumlage zurücknehmen, Inflation bekämpfen

- Die Forderung: Gasumlage zurücknehmen und Inflation vermeiden - Gaswirtschaft notfalls direkt stabilisieren - Nord Stream nutzen und Kernkraft erhalten.
- Allein in Mecklenburg-Vorpommern waren am Wochenende zuvor schon insgesamt 12.000 Menschen auf der Straße gegen die horrenden Energiepreise gegangen. Und nun nochmal eine überflüssige Umlage obendrauf.
- Das grüne Wirtschaftswunder, das die Grünen vollmundig im Wahlkampf verkündet hatten, ist Schall und Rauch, so der Redner der AfD Leif-Erik Holm.
- Der Antrag der AfD wurde abgelehnt.

Donnerstag

Gesetzesantrag der CDU/CSU zur Änderung des Atomgesetzes in der ersten Lesung

- Forderung: Die Verlängerung der drei verbliebenen Atomkraftwerke bis mindestens 31.12.24.
- Er ist somit der „kleine Bruder“ des AfD-Antrages, der erst gegen 23 Uhr behandelt wurde und u.a. eine Laufzeitverlängerung über 20 Jahre forderte.
- Der AfD-Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit allen Stimmen gegen die AfD abgelehnt, der CDU-Antrag wurde überwiesen.
-

Inflationsausgleichsgesetz – InflAusG, 20/3496

- Erneut sollten Brosamen an die Bevölkerung verteilt werden über das Inflationsausgleichsgesetz – InflAusG, 20/3496:
- Erhöhung des Grundfreibetrags, Senkung der Gassteuer befristet auf 7% und einem geringen Ausgleich bei der kalten Progression.
- Gottschalk (AfD) kritisierte zurecht, dass das Wort „Inflationsausgleich“ eine glatte Lüge sei.
- Der Entwurf wurde an den Finanzausschuss überwiesen.

Die Linke: Übergewinnsteuer für Energiekonzerne einführen

- Die Einführung einer sogenannten Übergewinnsteuer für Energiekonzerne, scheiterte in der namentlichen Abstimmung gegen alle anderen Fraktionen.
- Tatsächlich sei die Wurzel des Übels zu beenden, also die verkorkte Energiepolitik der Bundesregierung, so Klaus Stöber von der AfD.



Erneute aktuelle Stunde auf Antrag der Ampel: Gewährleistung der Energieversorgung

- Minister Habeck sprach von einer schweren Energiekrise, und führte die gedrosselten Gaslieferungen aus Russland auf.
- Steffen Kotré, AfD hielt der Regierung den Spiegel vor´s Gesicht: „Haltet den Dieb, ruft der Dieb“.
- Der Umbau der sozialen Marktwirtschaft hin zur Staatswirtschaft ist in vollem Gange, der Staat wird zum Sozialismusunternehmen, die Blaupause ist aktuell die Verstaatlichung von Uniper. Erst wird das Geschäftsmodell der Branche ruiniert, dann kann man billig aufkaufen, die Folge ist sozialistische Mangelwirtschaft.

Nächster Antrag der CDU: Aufforderung an die Bundesregierung, die Ukraine direkt mit schweren Waffen zu beliefern

- Alexander Gauland hierzu: „Wir sind in einer Auseinandersetzung, die uns nicht betrifft, zur Kriegs-Partei geworden, und wir werden es jeden Tag mehr.“
- Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Debatte um die Änderung des 28. BAFöG

- Die Forderung: Im Falle einer bundesweiten Notlage den Personenkreis der BAFöG-Empfänger zu erweitern, sofern die Krise negativen Einfluss auf den „Arbeitsmarkt für ausbildungsbegleitende Nebentätigkeiten“ hat
- Die AfD fordert hingegen im Entschließungsantrag, dieses Gesetz zurückzuziehen und es dabei zu belassen, dass Genehmigungen elternabhängig bleiben.
- Prof. Michael Kaufmann sah in der eilig eingebrachten Vorlage vielleicht sogar eine Präventionsmaßnahme der Regierung bei evtl. weiter geplanten Lockdown-Maßnahmen. Und er forderte die Korrektur handwerklicher Unzulänglichkeiten.

In 1. Lesung behandelt wurde ein Antrag der Ampel-Koalition zur Änderung des Europa-Wahlrechts

- Hauptanliegen ist die Herabsetzung des Mindestwahlalters von 18 auf 16 Jahre.
- Es erfolgte Überweisung in den Ausschuss.

Freitag

GKV-Finanzstabilisierungsgesetz, 20/3448

- Die gesetzlichen Krankenkassen sollen mit dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz 20/3448 stabilisiert werden, um ein Defizit von 17 Mrd. auszugleichen.
- Damit werden die Krankenkassen bestraft, die sparsam gewirtschaftet haben, so Martin Sichert in seiner Rede. „Es kann auch nicht sein, dass ukrainische Gäste mit ihren Nobelkarossen vor deutschen Arztpraxen parken und sich ein kostenloses Vollprogramm für ihre Zähne verpassen lassen, und die deutsche alleinerziehende Mutter kann sich nicht einmal den Besuch im Schwimmbad leisten“.
- Dem Gesetzentwurf zufolge müssen sich die Versicherten 2023 auf einen um 0,3 Prozentpunkte höheren Zusatzbeitrag einstellen. Der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds soll um zwei auf 16,5 Milliarden Euro erhöht werden. Ferner will der Bund der GKV ein unverzinsliches Darlehen in Höhe von einer Milliarde Euro gewähren.
- In einer vorherigen PK der AfD hatte Peter Boehringer, AfD aufgeklärt, dass dieses Darlehen ursprünglich als Abgabe der Pharma-Industrie geplant war, allerdings hatte Minister Lauterbach hier interveniert, so dass dieser überfällige Solidarbeitrag nicht zum Tragen kam.

Antrag der AfD: Eine Aktuelle Stunde zum Thema „Abschaffung der Gebühren zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“

- Neben der Abschaffung der Gebühren zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ging es auch darum, „Lehren aus dem ARD-Skandal“ vor dem Hintergrund des Finanzskandals bei RBB und weiteren Machenschaften in den Rundfunkräten zu ziehen.
- Die Sendeanstalten lebten „wie die Made im Zwangsgebühren-Speck“, so Martin Renner, AfD. Pro Tag erhielten sie 23,1 Millionen Euro aus den Rundfunkbeiträgen.

VERMISCHTES



21.09.22

Prof. Steven Chu von der Stanford-University spricht auf der Jahrestagung der Helmholtz-Gemeinschaft in Berlin.

Der Physik-Nobelpreisträger gibt den deutschen Energiewendern zu denken:

- Kalifornien beschloss den Ausstieg aus der Kernkraft, da sonst Energiesicherheit bei geringem CO₂-Ausstoß nicht zu schaffen sind.
- Deutschland sollte seine Industrie nicht mit einem zu schnellen Umstieg auf Wasserstoff ruinieren, da Wasserstoffprozesse noch lange nicht konkurrenzfähig sind
- die viel diskutierte CO₂-Abscheidung und -Endlagerung (carbon capture) ist eine Illusion - viel zu teuer.



22.09.22

Mein Mitarbeiter Hartmut Lucas war mit meinem Bürgermobil unterwegs in Niedersachsen, um Delia Klages im Wahlkampf zu unterstützen.

Wir wünschen viel Erfolg bei der Landtagswahl!



23.09.22

Das war unsere Veranstaltung „Teuro Total“ in Oettersdorf zum Thema Inflation mit den Bundestagsabgeordneten Peter Böhrlinger, Stephan Brandner, MdB, René Springer und Prof. Michael Kaufmann.

Den Link zum Video finden Sie hier:

<https://youtu.be/W9RARQMBUpw>





Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 39/22)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 39 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR: POLITIK UND TAGESGESCHEHEN



29. September 22

Angriff auf unsere Energieversorgung: Nicht mit uns!

Die Sabotage an den Gasleitungen North Stream 1 und 2 sind ein Angriff auf die Versorgungssicherheit unseres Landes. Einen solchen kriegerischen Akt gegen Deutschland hat es seit dem Weltkrieg nicht mehr gegeben.

Noch wird wild darüber spekuliert, wer hinter diesem feigen Anschlag steckt. Doch anstatt reflexartig Russland zu verdächtigen, sollte man sich klar machen, wem diese Tat nützt. Von wem werden wir dann notgedrungen künftig unser Gas beziehen?

Dabei spielt keine Rolle, dass die Ampel-Regierung aus ideologischen Gründen bei der Frage der Energieversorgung mauert und

an den Realitäten zu scheitern droht – ihnen ist nun diese unangenehme Entscheidung abgenommen worden.

Fest steht aber auch: Die Schwäche der Ampel-Regierung ist eine Einladung zur Demütigung. Das zeigt sich im dreisten Umgang der Ukraine mit Deutschland auf dem diplomatischen Parkett genau so, wie in diesem feindlichen Akt.

Mit einem Land, das eine Baerbock als Außenministerin hat und einer Lambrecht die Führung der Bundeswehr anvertraut, kann man das ja machen.

Wir brauchen wieder eine souveräne Politik! Das setzt eine Regierung voraus, die selbstbewusst ihre Prioritäten setzt:

Unser Land zuerst! Wir dürfen keine Marionetten fremder Interessen mehr sein.

Für eine solche Politik steht heute nur die AfD!





30. September 22

Aktueller Mindestlohn: Gefahr für Altersarmut!

Arbeit muss sich wieder lohnen!

Nirgendwo gibt es so viele Mindestlohn-Bezieher wie in Thüringen - Sonneberg führt die traurige Liste der Geringverdiener an.¹

Wenn ab Oktober der Mindestlohn auf 12 Euro angehoben wird, ist das kein Grund zum Jubeln, wie es der allgemeine Tenor in der Presse suggeriert.

Denn ein Mindestlohn in dieser Höhe ist zum Einen kein Schutz vor Altersarmut:

Auf Anfrage der AfD wurde angegeben, dass 12 Euro Mindestlohn pro Arbeitsstunde nicht ausreichen, um nach 45 Arbeitsjahren eine

Rente oberhalb der Grundsicherung zu erhalten.²

Davon abgesehen, frisst die die Inflation diese Erhöhung sofort wieder auf, es entsteht also überhaupt kein Vorteil dadurch.

Die AfD ist gegen die Symptombekämpfung, wir wollen eine Politik, die „Mindestlöhne“ überflüssig macht.

1 In Südhüringen vom 29.09.22, „Nirgends so oft Mindestlohn wie in Sonneberg“
2 Telepolis vom 03.06.22, „Mindestlohn erhöht, Altersarmut aber nicht gebannt“



01. Oktober 22

Filmvorführung Imad Karim: „Dekadenz - jubelnd in den Untergang“

Den Namen Imad Karim muss man sich merken.

Der deutsch-libanesische Filmmacher stellte heute im Städtischen Festsaal in Freiberg/Sachsen seinen Film „Dekadenz - jubelnd in den Untergang“ vor. Der Film behandelt Deutschlands Abstieg unter dem Einfluss grün-linker Ideologie.

Mit dabei: mein sächsischer Bundestagskollege Thomas Dietz (Den Film kann man auf YouTube ansehen.)

WAHLKREIS



Für Veränderungen brauchen wir die Unterstützung der Bürger auf den Straßen. Montagsspaziergang in Suhl mit der AfD-Landtagsfraktion.



**Am Montag war ich für Sie vor Ort:
Zu Besuch am Infomobil des Deutschen Bundestages, das
am 26.09. in meinem Wahlkreis in Saalfeld Halt machte.**





22.09.22

In der gestrigen Fragestunde im Deutschen Bundestag wollte ich wissen, wann das Kartellamt endlich die Mineralölkonzerne wegen der überhöhten Preise an den Tankstellen kontrolliert.

Die Antwort fiel mehr als ernüchternd aus. Nach fast 6 Monaten sind die Ergebnisse gleich null. Einmal mehr lässt diese Regierung die Bürger im Regen stehen.

Doch hören Sie selbst.

PS: Die im Video zu hörende, seltsam anmutende Spitze gegen die AfD bezog sich auf einen Zwischenruf der Kollegin Beatrix von Storch, die die Staatssekretärin lediglich aufgefordert hatte, bei der Beantwortung der Frage auch in die Richtung des Fragestellers zu schauen. Ein eigentlich selbstverständlicher Ausdruck der Höflichkeit. Das Video finden Sie hier: <https://www.facebook.com/watch/?v=658122095565202>



29.09.22

Das sind die Dokumente zum Bundeshaushalt, die heute in einer der vielen Sitzungen des Haushaltsausschusses zum Entwurf 2023 diskutiert werden.

PARLAMEN TARISCHE SITZUNGSWOCH E

Mittwoch

Befragung der Familienministerin Lisa Paus

- Themen: Vorratsdatenspeicherung der IP-Adressen und Kindesmissbrauch.
- Der EUGH hatte den Bezug von IP-Adressen mit Personendaten eindeutig festgestellt und daher die IP-Adressenspeicherung strengen Reglements unterworfen. Paus strebt eine europäische Lösung an und will keine Überwachung privater Chats.
- §218 stand zur Disposition der grün/roten Bundesregierung: Abgeordnete Reichinnek (Die Linke) erkundigte sich nach der eingesetzten Expertenkommission der Bundesregierung. Antwort Paus: Man sei schon weit vorangekommen und werde bald einen Vorschlag vorlegen, um den Abbruch straffrei zu machen.

Fragestunde mit der parl. Staatssekretärin Dr. Franziska Brantner (Wirtschaftsministerium)

- Themen: Wie weit Klimaschutzmaßnahmen bereits umgesetzt und vorgesehen sind, wieviele bundeseigene Gebäude barrierefrei sind, ob freie Flüge ohne Visabeschränkungen für russische Dissidenten geplant sind und weitere teure Belanglosigkeiten.
- Stephan Brandner, AfD berichtete, dass zwei Bosse großer Energiekonzerne incl. Uniper an der Vorlage für die Gasumlage mitgearbeitet haben, wie der „Business Insider“ berichtete, und ob sie davon weiß. Ihre Antworten lieferten keine Erkenntnisse.
- Auch die Einführung der Gasumlage per 1. Oktober per Datum 28. September konnte sie weder bestätigen noch dementieren.
- Der Abg. Prof. Michael Kaufmann brachte sie dann doch ins Schwitzen, indem er nach kartellrechtlichen Untersuchungen wegen möglicher Absprachen während der Spritpreisbremse/Tankrabatt fragte. Die Preise waren trotz 30 Cent staatlicher Subvention durch die Decke gegangen. Staatssekretärin Brantner erläuterte eine im April vom Bundeskartellamt initiierte Sektorstudie (offensichtlich eher eine allgemeine Studie, denn im April gab es ja noch gar keinen Bonus für die Konzerne), und nach Kaufmanns Nachfrage musste sie gestehen, dass es absehbar noch kein Ergebnis gibt.



Beantragung einer Aktuellen Stunde durch die AfD nach Abschluss der Befragung

- Die Beantragung erfolgte auf Frage 7 des Abg. Stephan Brandner zum Thema „Möglicher Blackout in Deutschland im kommenden Winter“, dies vor dem Hintergrund des Anschlags auf die North Stream-Pipelines am Tag zuvor.
- Abg. Komning, AfD erklärte, dass man nur über den Winter käme, wenn Gas-Nachschub käme. So ist der Blackout vorprogrammiert (und ggf. auch exorbitante Strompreise).
- Komning Forderung: Drei KKW anstatt nur zweien in Betrieb zu halten, und alle stillgelegten wieder hochzufahren, sowie Kohlekraft weiter zu nutzen, um nicht nur einen Blackout von Strom, sondern auch einen Blackout der Industrie und Wirtschaft zu vermeiden.

Vorschlag der Regierung: CO2-Zertifikatehandel ab 2023 auf den Bereich Kohle und Abfallverbrennung ausweiten

- Die Bundesregierung macht mit der Vorlage der Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes den Vorschlag, den CO2-Zertifikatehandel, der bisher auf die Bereiche Wärme und Verkehr begrenzt ist, ab 2023 auch auf den Bereich Kohle und Abfallverbrennung auszuweiten.
- Die Vorlage wurde überwiesen.

Entschließungsantrag der CDU/CSU

- Die CDU/CSU forderte die Abgabe einer Regierungserklärung durch Kanzler Scholz ein, der die Bundesregierung quasi aufforderte aktiv ins russisch-ukrainische Kriegsgeschehen mit der Lieferung von schweren Waffen einzugreifen.
- Der Antrag wurde jedoch bereits im Ausschuss und dann im Plenum in namentlicher Abstimmung in seltener Eintracht aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Der Antrag der AfD: Die Rückforderung von Corona-Soforthilfen sofort stoppen

- Der Antrag wurde nach der Debatte an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Donnerstag

Debatte zum Thema deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

- Am Donnerstag wurde vom Stat. Bundesamt die neu ermittelte Inflationsrate für Verbraucherpreise bekanntgegeben, die man offiziell wohl auf 10% schönen konnte.
- Die Debatte startete am Donnerstag zum Thema deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und Dr. Rainer Kraft, AfD zerlegte die widersinnigen politischen Maßnahmen der Bundesregierung in Hinblick auf den Einsatz der sog. Erneuerbaren Energien, die nicht nur die Umwelt zerstören, sondern auch aufgrund der Preisspirale weder nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen, noch den sozialen Zusammenhalt ermöglichen und im Gegenteil große Teile der Bevölkerung verarmen lassen.

Antrag der AfD, Nicole Höchst, Thema: Lehrermangel in Deutschland

- Obwohl Kultur und Bildung Ländersache ist, muss der Bund nach dem Vorbild des Digitalpakts endlich einen Qualitäts-pakt Schule schließen, Lehramtsstudiengänge aufstocken, Lehrpersonal aufstocken, Schulen vollständig digitalisieren, Arbeitsplätze für die IT-Wartung schaffen, die Lehrer von unterrichtsfernen Aufgaben entlasten, Weihnachtsgeld wieder einführen und die Millionenförderung für Bildung in Afrika beenden.
- Die Initiative wurde abgelehnt.

Aktuelle Stunde der Ampelkoalition zum Thema gewaltsamer Tod der 22jährigen Iranerin Mahsa Hina Amini

- Forderung von Außenministerin Baerbock: Teheran mit weiteren Sanktionen belegen.
- Der Abg. Jürgen Braun, AfD erklärt dagegen: Im alten Persien im Jahre 539 vor Christus fanden unter den persischen Königen die unter den Babyloniern verschleppten Juden Zuflucht in ihrem angestammten Land, also ca. 1200 Jahre vor Entstehung des Islam. Die links-grüne Gesellschaft habe den Aufstieg der kultur- und bildungsfernen Mullahs in großen Teilen der Welt erst ermöglicht, wie auch die SPD ansonsten keinerlei Berührungspunkte mit dem menschenverachtenden System hat. So verschickte einst Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Glückwunschtelegramme anlässlich des Jahrestags der islamischen Revolution. Diese politische Kritiklosigkeit sei erst der Humus, auf dem der Islam Frauen und Schwule verfolgen und umbringen kann.

Kanzler Scholz und die Minister Habeck und Lindner verkünden einen Energie-„Abwehrschirm“

- Der Abwehrschirm soll ein Volumen von 200 Milliarden Euro haben und über den kürzlich erst stillgelegten Wirtschaftsstabilisierungsfonds ausfinanziert werden, der in der Corona-Hochzeit vorrangig Darlehen vergab.
- Jetzt soll er sogar Direktzahlungen ermöglichen und stellt einen Schattenhaushalt dar, auf den der Bundestag keinen Zugriff hat. Damit soll wohl die Gasumlage verhindert werden und ein Deckel für den Verbraucher geschaffen werden.
- Somit zahlt der Steuerzahler nicht direkt über den Marktpreis, sondern über irgendwann fällige Schulden. Viele Arbeitgeberverbände kritisieren diese Maßnahme bereits jetzt als nicht ausreichend.



Antrag der Ampelkoalition: Die Umsatzsteuer auf Gas senken

- Der Antrag, die Umsatzsteuer auf Gas bereits ab 1. Oktober befristet bis 31.03.23 auf 7% zu senken, wurde genehmigt

Freihandelsabkommen CETA

- Noch im Jahr 2016 sah man die halbe Republik auf deutschen Straßen, um gegen das von Konzernen diktierte „Freihandelsabkommen“ CETA zu demonstrieren. Hier waren sich vor allem Grüne, Linke, Gewerkschaften und große Teile von Mitte-Rechts einig.
- Es trat vorläufig bereits in Kraft in 2017 zwischen EU und Kanada, kann jedoch erst komplett Gültigkeit erlangen, wenn alle einzelnen EU-Staaten, deren Zuständigkeit betroffen ist, auch zustimmen. Nachdem nun die Ampel ein internes Eckpunktepapier ausgehandelt hat, welches die Konzerne zumindest in ihrer Klagemöglichkeit gegen Staaten, welche umsatz- oder ertragsschädliche politischen Entscheidungen getroffen hatten, vor internationalen Schiedsgerichten beschränken soll, ist man sich einig: CETA muss kommen!
- „Wir ratifizieren in diesem Jahr“ so Töns Markus, SPD in der Debatte, und auch der GRÜNE Maik Außendorf war ganz positiv gestimmt.
- Bernd Schattner erkennt, in Hinblick auf die GRÜNEN: Wie passt die geplante zollfreie Einfuhr von 45 Tsd t. Rindfleisch, 75 Tsd. t Tonnen Schweinefleisch und 100 Tsd. t Weichweizen jährlich, zu einer grünen Klimadoktrin und dem Schutz der heimischen Landwirtschaft? „Ein Aufweichen des Einfuhrverbots von genveränderten und hormonbelasteten Lebensmitteln wird es mit der AfD nicht geben.“
- Die Debatte wurde ohne Beschluss beendet.

Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU/CSU

- Zum Ende der Sitzungswoche wurde auf Antrag der CDU in der Aktuellen Stunde die bisherige Leistung der Ampel-Koalition nach rund einem Jahr bewertet.
- Während alle Koalitionäre sich höchstens hier und da mit Watte-Bäuschchen bewarfen und Scholz gelobt wurde für das „Navigieren durch schwierige Fahrwasser“ sprach Matthias Moosdorf von der AfD eine deutlichere Sprache: „Nach der Ära Merkel standen wir vor dem Abgrund. Heute sind wir einen Schritt weiter... In die sog. Energiewende wurden bislang 1 Bio. € investiert und das Resultat ist nun, dass wir frieren sollen, stinken und trotzdem noch verarmen.“

Zusammenfassung der aktuellen politischen Strategie der Ampel:

- Russland sanktionieren und Deutschland schaden.
- Krieg anheizen und Deutschland ggf. zum aktiven Gegner Russlands machen.
- Umweltfreundlich und günstig geliefertes Pipeline-Gas vom Kriegsherrn Putin tauschen gegen viel zu wenig, viel zu aufwändig und umweltschädlich gefördertes, viel zu teuer transportiertes Flüssiggas aus den USA oder aus menschenverletzenden Regimes, welches am Ende doch z.T. aus den Quellen Putins stammt.
- Blackout, kalte Wohnungen, kranke, frierende Menschen mit Inkaufnahme vieler Toter in diesem Winter.
- Und für die erwartete Eskalation der Proteste gegen diese irrationale und schädliche Politik schafft man im Hintergrund an der militärischen Eingrenzung von Revolten im eigenen Land durch die Umgliederung des bisherigen Kommandos Territoriale Aufgaben der Bundeswehr (KdoTerrAufgBw) in ein Territoriales Führungskommando der Bundeswehr (TerrFüKdoBw) unter Leitung des Generalmajor Carsten Breuer.

KOMMENDE TERMINE IM OKTOBER

Wird laufend aktualisiert

Hier finden Sie Termine der folgenden Woche.

FÜR SIE VOR ORT:

JENA (geplant 2022)

Rudolf-Breitscheid-Str. 4

KAHLA (ab 01.04.2022)

SAALFELD

Brudergasse 6
Tel.: 03671 5 23 23 48

NEUSTADT / ORLA

Puschkinplatz 6
Tel.: 036481 84 69 64

SONNEBERG (geplant 2022)



Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
www.Kaufmann-Michael.de



 www.Kaufmann-Michael.de
 Michael.Kaufmann@bundestag.de

 @AfDKaufmann
 @KaufmannAfD

 @KaufmannAfD
 t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P.: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

